



## 17. Juni 2011 „Pro Deutschland“ Kundgebung in Friedrichshain

**Donnerstag, 16. Juni, Veranstaltung**

19 Uhr, Vetomat (Scharnweberstr. 35)

Offenes Antifa Cafe zu „Halbzeit: Pro Deutschland in Berlin. Personen, Einschätzungen und Aktionen der Rechtspopulisten.“

**Freitag, 17. Juni, Gegen „Pro Deutschland“**

19 Uhr, Frankfurter Tor, Kreativprotest

[www.antifa-fh.de.vu](http://www.antifa-fh.de.vu)

[rechtspopulismusstoppen.blogspot.de](http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de)

[initiativegegenrechts.de](http://initiativegegenrechts.de)

Die rechtspopulistische Partei „Pro Deutschland“ will am 17. Juni ab 19 Uhr am Frankfurter Tor eine Kundgebung unter dem Motto „Kreuzberg: Demokratiefreie Zone?“ abhalten. Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg verhindere angeblich die öffentlichkeitswirksame Kreisverbandsgründung im Rathaus an der Yorckstraße. Am 10. Mai wurde deshalb der Kreisverband für Friedrichshain-Kreuzberg an unbekanntem Ort gegründet. Dort wurde die KandidatInnenliste aufgestellt und diese seltsame Aktion gegen das Bezirksamt beschlossen. Das Spektakel soll außgerechnet am 17. Juni, dem Jahrestag des ArbeiterInnenaufstands in der DDR 1953, stattfinden. Für „pro“ war das ein „Volksaufstand“, ein Aufbegehren gegen die „rote Diktatur“, an das man in nationalisistischer und rechtskonservativer Tradition anschließen will.

„Pro Deutschland“ steht aber nicht nur für die Umdeutung und Vereinnahmung der deutschen Geschichte, sondern vor allem für bürgernahen Rassismus. Sie hetzen unter dem Deckmantel „Islamkri-

tik“ gegen MigrantInnen, besonders gegen Menschen muslimischen Glaubens. Gleichzeitig geriert sich die Partei als Freundin der Demokratie, die „jeder Form von politischem Extremismus eine scharfe Absage“ erteilen würde. Mit einem nationalistischen und rassistischen Programm will Pro-Deutschland bei der Abgeordnetenhauswahl im September an den Anti-Moschee-Protest in Pankow-Heinersdorf und an die Wahlerfolge der Pro Parteien in NRW seit 2005 anknüpfen. Obwohl die Partei mit ihrem „Hauptstadtbüro“ in Marzahn bisher wenig Anklang findet, ist die Gefahr der Mobilisierung rechter WählerInnen, die sich nicht zwischen NPD und CDU entscheiden können, nicht zu unterschätzen. Nach der Gründung ihrer Kreisverbände in den Bezirken, die mit regelmäßigem Protest begleitet wurden, scheint nun die Phase der Wahlkampfveranstaltungen eingeläutet zu sein. Zeigen wir ihnen, dass wir der rassistischen Mobilisierung was entgegenzusetzen haben!

v.l.a.d.p. Kurtz, Liebigstr.34, 10247 Berlin